

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

durch die in den vergangenen sechs Jahren beschlossenen Haushalte der Stadt sind Kassenkredite in Höhe von 21,5 Mio. € aufgelaufen. Ich rede hier nicht von langfristigen Verbindlichkeiten, die z.B. für Investitionen in Schulen getätigt wurden, sondern über das, was man in einem Privathaushalt als „Überziehungskredite“ bezeichnen würde. Hinzu kommen die langfristigen Verbindlichkeiten der Stadt und der städtischen Eigenbetriebe.

Gleichzeitig ist die Eigenkapitalquote zwischen 2009 und 2015 von 63% auf 36% gesunken. Wir haben in den vergangenen Jahren also vollkommen über unsere Verhältnisse gelebt und wenn wir weiter so wirtschaften wie bisher, sind wir spätestens im Jahr 2022 pleite.

Auch der Risikobericht zur Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014, dem am vergangenen Donnerstag alle Fraktionen einstimmig zugestimmt haben, kommt mit Blick auf den Eigenkapitalverzehr der vergangenen Jahre zu einem deprimierenden Ergebnis (ich zitiere) „Sollte die Haushaltssituation dauerhaft weitere Fehlbeträge ausweisen, kann zukünftig die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes nicht abgewendet werden. Es ist zwingend notwendig, durch positive bzw. ausgeglichene Jahresergebnisse den Eigenkapitalverzehr aufzuhalten.“

Bei der Analyse der Haushaltssituation der Stadt ist aber auch ein Blick auf das strukturelle Defizit der Stadt, also die durchschnittliche Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen im Haushalt, hilfreich. Dieses wird von der Kämmerin mit mehr als 2,5 Mio. Euro beziffert. Das Gemeindeprüfungsamt kommt zu ganz ähnlichen Ergebnissen.

Daher gibt es hier und heute nur zwei Möglichkeiten: Weiter so wie bisher und damit über kurz oder lang in die Haushaltssicherung? Oder beschließen wir endlich den schon lange überfälligen ausgeglichenen Haushalt?

Für das BFG ist diese Entscheidung klar: Wir möchten einen Kurswechsel einläuten, um die Handlungsfähigkeit der Stadt Goch zu erhalten. Wir möchten nicht weiter auf Kosten unserer Kinder leben!

Dass ein solcher Kurswechsel mit schmerzhaften Einschnitten für alle Bürgerinnen und Bürger verbunden ist, verschweigen wir dabei nicht. Aber der Bürgermeister hat Mut und Verantwortungsbereitschaft gezeigt und einen Vorschlag für einen strukturell ausgeglichenen Haushalt unterbreitet. Dieser tut sicherlich weh, er ist aber in unseren Augen generationengerecht und zumindest kurzfristig der einzige Weg, mit der wir der Abwärtsspirale, die uns der Haushaltssicherung und damit noch schmerzhafteren Einschnitten Stück für Stück näher bringt, entkommen können.

Wie in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses deutlich wurde, haben alle Fraktionen Probleme, zumindest kurzfristig wirksame Sparpotentiale im Haushalt auszumachen.

Dies ist Grund für unseren Vorschlag, eine Sparkommission einzurichten, der Mitglieder aus Verwaltung und allen Fraktionen angehören sollen, die sich aber auch der Hilfe von außen bedient, indem sie von einem externen Experten, z.B. vom Bund der Steuerzahler geleitet wird. Ich kann ehrlich nicht verstehen, warum ein solcher Antrag abgelehnt wird, es sei denn, man hat überhaupt nicht den Willen Einsparungen im Haushalt vorzunehmen!

Dass dies bei den Fraktionen von CDU und SPD offensichtlich der Fall ist, erkennt man auch daran, dass nahezu alle von der Verwaltung und dem BFG vorgeschlagenen Maßnahmen, Einsparungen im Haushalt vorzunehmen, abgelehnt wurden, während kein einziger eigener Sparvorschlag unterbreitet wurde.

Beispiel 1: Der Vorschlag der Verwaltung auf einen Beigeordneten zu verzichten und die Leitung des Fachbereichs einem Laufbahnbeamten oder einer Laufbahnbeamtin zu übertragen. Das BFG ist der Meinung, dass man Mitarbeitern der Verwaltung die Chance geben sollte, sich zu entwickeln, vor allem dann, wenn sie auf Grund einer adäquaten Ausbildung die notwendigen Kompetenzen für diese Stelle mitbringen. Zudem hätten mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Modell, die Personalaufwendungen deutlich reduziert werden können.

Beispiel 2: Selbst der vergleichsweise kleine Sparansatz von 3.800 Euro für Ersatzbeschaffungen in der Stadtbücherei wurde gestrichen, obwohl in der Diskussion offensichtlich wurde, dass weitere Anschaffungen in der

Stadtbücherei speziell für Flüchtlinge nicht mehr notwendig sind. Und genau dafür war seinerzeit der Mehretat, der hier zurückgenommen werden sollte, doch gedacht.

Beispiel 3: Auch die Kürzung des Budgets für das Museum um 6.900 Euro wurde mit den Stimmen von CDU und SPD zurückgenommen.

Es ist richtig, dass Kultur ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft ist. Dahinter steht auch das BFG voll und ganz. In Zeiten knapper Kassen muss es aber auch im Bereich der Kultur möglich sein, über Kosteneinsparungen zu reden oder zu überlegen, wo es möglich ist, Mehrerlöse zu erzielen. Wieso soll nicht über eine Reduzierung der Öffnungszeiten nachgedacht werden? Warum kann das Museum nicht auch für andere Veranstaltungen genutzt werden, um zusätzliche Einnahmen zu generieren? Überlegungen in diese Richtung scheinen aber offenbar nicht gewünscht!

Beispiel 4: Und natürlich wurde auch der BFG-Vorschlag zur Deckelung der Kosten für die Wohnmobilwallfahrt gestrichen. Die Wohnmobilwallfahrt hat einen hohen Stellenwert für Goch – keine Frage. Aber sicherlich lässt sich auch für 10.000 Euro ein attraktives Rahmenprogramm auf die Beine stellen.

Wie aber lässt sich eine Lücke von rund 1,3 Mio. Euro schließen, wenn die Bereitschaft fehlt, Einsparungen vorzunehmen?

Die Antwort ist erschreckend einfach - mit gaaaanz viel Phantasie: So wird der Ansatz für die Gewerbesteuereinnahmen einfach mal um eine Million Euro erhöht. Dass die Kämmerin der Meinung ist, dass schon der gewählte Ansatz von 13 Millionen Euro recht hoch gegriffen ist, wird einfach ignoriert.

Mich würde ehrlich interessieren, ob die Ratsmitglieder, die diesem - wie es ein Journalist schrieb - „Spiel mit dem Feuer“ zugestimmt haben, auch privat oder im eigenen Betrieb so handeln würden?

Meinen Respekt hat Ihre Entscheidung, den Ansatz für den Verkauf von Baugrundstücken bei 500.000 Euro zu belassen. Die Erhöhung des Ansatzes um 50% wäre sicherlich nicht zu erzielen gewesen. Gut für die Stadt, dass Sie ebenfalls zu dieser Erkenntnis gelangt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns der Verantwortung stellen, die miserable finanzielle Situation der Stadt Goch, in die Sie uns im Übrigen mit den Haushaltsentscheidungen der vergangenen Jahre getrieben haben, zu lösen. Es reicht nicht aus, wenn wir den Haushaltsausgleich zum Ende der Amtszeit von Bürgermeister Knickrehm erreichen, wie Sie, Herr Nikutowski, dies in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vorgetragen haben. Denn eines ist klar: Irgendwann müssen wir die Schulden, die wir in den vergangenen Jahren aufgebaut haben, zurückzahlen. Und es ist schon mittelfristig denkbar, dass die EZB ihre Nullzinspolitik aufgibt und der Haushalt durch Zinszahlungen zusätzlich belastet wird. An dieser Stelle möchte ich noch einmal den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 zitieren: „Das Volumen der Liquiditätskredite stellt ein Risiko für den städtischen Haushalt dar. Derzeit ist zwar nicht mit einem kurzfristigen Anstieg der Zinsen zu rechnen, dennoch ist dieses Risiko für die kommenden Jahre nicht auszuschließen. Ein Anstieg der Zinsen um 1% würde bei den ausgewiesenen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag 2014 einen zusätzlichen Zinsaufwand in Höhe von 215.000 Euro bedeuten.“ Spätestens dann kann die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes wohl nicht mehr abgewendet werden.

Da der hier vorliegende Haushalt nach den Änderungsvorschlägen im HFA nicht mehr ausgeglichen ist, die Einnahmen aus Gewerbesteuer in unseren Augen nicht zu erzielen sind und die strukturelle Lücke des Haushalts nur ansatzweise geschlossen wird, wird das BFG dem Haushalt in der geänderten Form nicht zustimmen.

Gleichwohl möchten wir aber unsere Bereitschaft signalisieren, konstruktiv an der Vorlage eines ausgeglichenen Haushalts mitzuarbeiten und auch schmerzhaftes Einschnitte mitzutragen, sofern ein ehrlicher Kurswechsel in der Haushaltspolitik eingeläutet wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.